

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

20. Jahrgang

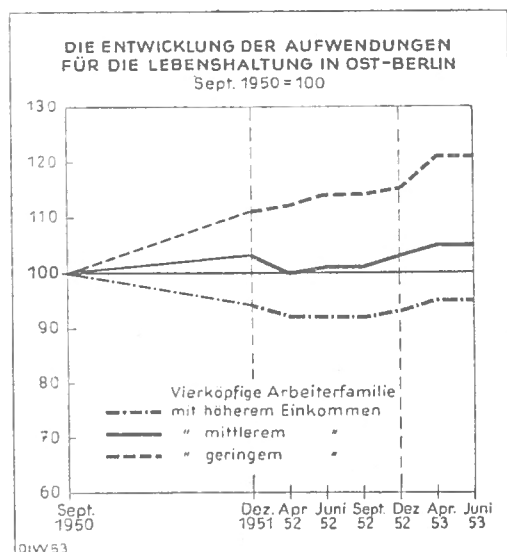
Berlin, den 3. Juli 1953

Nummer 27

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten im sowjetischen Besatzungsgebiet

Zu den grundlegenden Bestimmungen für die neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Sowjetzone zählt der „Beschuß über die Grundsätze der Preispolitik“¹⁾. Das wichtigste Ziel dieses „Beschlusses“ ist die Schaffung eines einheitlichen Preisniveaus, das bereits seit 1949 angestrebt wird. Welche Wirkung sich hieraus auf die Entwicklung der Lebenshaltungskosten ergibt, zeigt die folgende Graphik.



Ermittlung der Lebenshaltungskosten

An Beispielen der vom DIW errechneten Lebenshaltungskosten von vierköpfigen Arbeiterfamilien²⁾ aus verschiedenen Einkommenschichten sei die Entwicklung dargestellt. Es handelt sich dabei um Familien im

Beispiel I: Mit höherem Verbrauchseinkommen, das bei 600,— DM-Ost liegt und etwa einem Meistergehalt in der höchsten Tarifgruppe entspricht;

Beispiel II: Mit einem Verbrauchseinkommen zwischen 400,— und 450,— DM-Ost, das z. B. ein „qualifi-

zierter Arbeiter“ der höchsten Lohngruppe im Maschinenbau verdienen kann, sich in vielen Fällen aber wohl als Familieneinkommen aus den Entgelten der arbeitenden Familienmitglieder bildet;

Beispiel III: Mit geringem Verbrauchseinkommen um 200,— DM-Ost, das die einfachen Arbeiter der mittleren bis unteren Tarifgruppen erhalten.

Der den Berechnungen zugrundegelegte Warenkorb entspricht im Beispiel I etwa dem der mittleren Verbrauchergruppe in der westdeutschen und Westberliner Preisindexziffer für die Lebenshaltung. Das durch ihn repräsentierte Verbrauchsniveau ist für westdeutsche Verhältnisse ein durchschnittliches, für sowjetzonale Verhältnisse aber ein gehobenes. Der kleinere Warenkorb im Beispiel II wird etwa dem durchschnittlichen Verbrauch der vielen Familien mit mehreren Verdienern in der Ostzone entsprechen, während der Inhalt des Warenkorbes III das Existenzminimum eines einfachen Arbeiterhaushaltes mit niedrigem Einkommen darstellen soll. Er wurde zusammengestellt unter Berücksichtigung des Mindestverbrauchs, der durch das staatliche Zuteilungssystem für die durchschnittliche Bevölkerung festgelegt wurde.

Die Verbrauchsmengen wurden mit Preisen aus Ost-Berlin bewertet. Wenn auch bei einzelnen Waren geringe Preisunterschiede zwischen Berlin und der Zone bestehen, so sind doch grundsätzlich die Verhältnisse und die Entwicklungstendenzen in beiden Gebieten gleich.

Gegensätzliche Entwicklung bei Preisen und Lebenshaltungskosten

Vom September 1950 bis April 1952 konnten die Empfänger höherer Einkommen eine Verbilligung ihrer Lebenshaltung verzeichnen, während die untersten Einkommenschichten erhebliche Verteuerungen hinnehmen mußten.

Diese Periode ist gekennzeichnet durch verschiedene Preissenkungen für HO-Waren. Gleichzeitig erfolgten andererseits nach Fortfall der Zuteilung für einzelne Waren zum Ausgleich der Preisdifferenz zwischen HO- und altem Rationspreis aber auch Preiserhöhungen. Die Preissteigerungen belasteten in vollem Umfang die bis dahin von den Rationen lebenden Verbraucher der unteren Einkommenschichten. Für sie wurden die Vorteile der reichhaltiger werdenden Versorgung überkompensiert durch den Nachteil der zusätzlichen Belastung mit außerordentlichen Steuern, die in den

¹⁾ „Gesetzblatt der DDR“, Nr. 22 vom 21. 2. 53.

²⁾ Vgl. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1951, Heft 1.

höheren Preisen enthalten sind. Die Empfänger höherer Einkommen dagegen konnten um so mehr von den HO-Preissenkungen profitieren, je mehr sie vorher dort gekauft hatten. Bei der mittleren Verbraucherfamilie im Beispiel II glichen sich die beiden Preisbewegungen so aus, daß die Kosten der Lebenshaltung nur unwesentlich verändert wurden.

Die im Interesse der Preisvereinheitlichung verursachte Gegensätzlichkeit der Preisbewegung bei einzelnen Waren hat sich also auf die Entwicklung der Lebenshaltungskosten übertragen. Die Benachteiligung der sozial schwächeren Bevölkerungskreise verstärkt sich außerdem dadurch, daß die aus verschiedenen Gründen durchgeführten Preissenkungsaktionen bei der HO für sie wirkungslos blieben.

Für die Verbraucher im Beispiel III war im April 1952 der Preis des Warenkorbinhaltes gegenüber dem September 1950 um 12 vH gestiegen, während er in der gleichen Zeit für Verbraucher nach Beispiel I um 8 vH gesunken war.

Die nächste Entwicklungsperiode, ab April 1952, die im Zeichen der wachsenden Versorgungsschwierigkeiten stand, wies bis Anfang 1953 wesentliche Maßnahmen in der Preispolitik nicht auf.

Allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten 1953

Im Frühjahr 1953 zeichnet sich ein neuer Abschnitt durch den oben erwähnten Beschluß über die Grundsätze der Preispolitik ab. Er ist richtungsweisend für die im April erlassenen Verordnungen über Zuteilungs- und Preisveränderungen, die eine Steigerung der Lebenshaltungskosten für alle drei Verbrauchertypen verursachten.

Bis April 1953 bestand immer noch für die hochwertigen Waren des täglichen Bedarfs¹⁾ ein doppeltes Preisniveau. Gemäß den neu verkündeten Grundsätzen wurde nun mit der Aufhebung der Zuteilungsbestimmungen für alle Textilien und Schuhe außer Säuglingsausrüstungen²⁾ und Berufskleidung ein weiterer Schritt zur Preisvereinheitlichung getan. Die HO-Preise wurden diesmal nicht auf das alte Kartenpreisniveau, wie im Jahre 1951 bei den Textilien aus Zellwolle, sondern nur um 15 bis 20 vH auf einen neu festgelegten Preis gesenkt. Für die bis dahin gültigen Rationspreise bedeutete das neue Preisniveau eine Erhöhung um 50 vH und mehr. Durch die Preisanhebung wurde die Zahlung der in den HO-Preisen enthaltenen Akzisen auf eine breitere Bevölkerungsschicht verteilt und außerdem auch der Kreis der Nachfrager durch den Preis enger umgrenzt.

Als vorbereitende Maßnahme für die angestrebte Preisvereinheitlichung ist ferner die auch im April verfügte Erhöhung der Zuteilungspreise für Fleisch und Fleischwaren³⁾ um durchschnittlich 10 bis 15 vH anzusehen. Sie sollte der Einschränkung der Subventionszahlungen dienen. Die gleichzeitig verfügte Erhöhung für zuckerhaltige Waren um etwa 40 vH „zur Angleichung an den Zuckerpreis“³⁾ und die Abschaffung von Ermäßigungen für bestimmte Arbeiterfahrkarten zur Beseitigung von Sonderpreisen wurden am 11. Juni wieder aufgehoben⁴⁾.

¹⁾ Karten- bzw. Bezugsscheinpflicht herrschte für: Fleisch, Fisch, Fett, Zucker, Kartoffeln, Milch, Eier, Kohlen, Schuhe und alle Textilien, ausgenommen Socken, Strümpfe, Textilschuhe und Textilien aus Zellwolle.

²⁾ „Gesetzblatt der DDR“, Nr. 43 vom 14. 4. 1953.

³⁾ „Gesetzblatt der DDR“, Nr. 51 vom 18. 4. 1953.

⁴⁾ „Neues Deutschland“ vom 12. 6. 1953.

Im Gegensatz zu der Wirkung der zwischen September 1950 und April 1952 getroffenen Maßnahmen riefen die neuen Verordnungen nicht nur für die unteren Einkommenschichten eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten hervor, sondern auch für die Verbraucher mit höherem Einkommen. Die Steigerung war gegenüber Dezember 1952 im Beispiel III mit 8,31 DM-Ost zwar verhältnismäßig am stärksten, sie betrug im Beispiel I aber immerhin auch noch 8,96 und bei II sogar 9,20 DM-Ost. Die zur gleichen Zeit verfügbaren echten Preissenkungen für Fahrradbereifungen bis zu 50 vH, Kinderstrümpfe aus Perlonmischgarn um 25 vH und HO-Eier um 18 vH konnten nur leicht abschwächend auf diese Bewegung wirken.

Die Entwicklung nach Bedarfsgruppen

Vergleicht man die Aufwendungen, die die in den Beispielen dargestellten Familien für ihre Lebenshaltung im September 1950 und im Juni 1953 bei gleichen verbrauchten Mengen gehabt haben, so ist festzustellen, daß sich je nach der Ausgabengruppe sehr unterschiedliche Veränderungen vollzogen haben.

Monatliche Aufwendungen für die Lebenshaltung in Ost-Berlin Berechnet vom DIW

für eine 4-köpfige Familie mit 3 verschiedenen Warenkörben

	Sept. 1950	Juni 1952	Dez. 1952	Juni 1953	Dez. 1952	Juni 1953
	in DM-Ost				Sept. 1950 = 100	
Beispiel I: Familie mit höherem Einkommen						
Nahrungsmittel	200,35	205,55	210,00	210,48	104,9	105,1
Genußmittel	41,70	28,17	29,42	29,42	70,6	70,6
Miete	40,00	40,00	40,00	40,00	100,0	100,0
Heizung, Beleucht. . . .	18,36	15,88	18,91	18,91	103,0	103,0
Bekleidung	184,13	152,09	151,28	159,34	82,2	86,5
Reinig., Körperpfl. . . .	28,41	25,77	26,64	26,64	93,8	93,8
Bildung, Unterhtg. . . .	20,51	19,21	19,36	19,36	94,4	94,4
Hausrat	55,42	53,39	53,33	53,33	96,2	96,2
Verkehr	18,50	18,50	18,50	17,53	100,0	94,8
Summe	607,38	558,56	567,44	575,01	93,4	94,7
Beispiel II: Familie mit mittlerem Einkommen						
Nahrungsmittel	195,64	200,84	205,65	206,13	105,1	105,4
Genußmittel	31,89	22,40	24,10	24,10	75,6	75,6
Miete	40,00	40,00	40,00	40,00	100,0	100,0
Heizung, Beleucht. . . .	12,73	12,89	13,38	13,38	105,1	105,1
Bekleidung	61,45	71,43	72,44	80,61	117,9	131,2
Reinig., Körperpfl. . . .	15,43	15,42	15,99	15,99	103,6	103,6
Bildung, Unterhtg. . . .	15,41	14,81	14,91	14,91	96,8	96,8
Hausrat	27,61	26,83	26,78	26,78	97,0	97,0
Verkehr	10,58	10,58	10,58	9,61	100,0	90,8
Summe	410,74	415,20	423,73	431,51	103,2	105,1
Beispiel III: Familie mit geringem Einkommen						
Nahrungsmittel	67,33	83,33	84,30	84,84	125,3	126,0
Genußmittel	5,90	4,20	4,20	4,20	71,2	71,2
Miete	32,00	32,00	32,00	32,00	100,0	100,0
Heizung, Beleucht. . . .	7,78	7,68	7,66	7,66	98,5	98,5
Bekleidung	24,30	31,27	32,51	40,66	133,8	167,3
Reinig., Körperpfl. . . .	6,03	7,68	7,63	7,63	126,5	126,5
Bildung, Unterhtg. . . .	9,06	9,01	9,04	9,04	99,8	99,8
Hausrat	4,48	4,23	4,29	4,29	95,8	95,8
Verkehr	6,29	6,29	6,29	6,29	100,0	100,0
Summe	163,17	185,69	187,97	196,61	115,2	120,5

Für Nahrungsmittel, die wichtigste Ausgabengruppe, müssen alle drei Familien heute mehr als damals ausgeben. Der Mindestverbrauch, mit dem die Familie III auskommen muß, hat sich um 26 vH verteuert, während der größere Verbrauch der anderen Familien nur um rund 5 vH mehr Aufwendungen erfordert.

Noch stärkere Unterschiede ergeben sich für die Bekleidungs Ausgaben, die bei Familie III um 67 vH und Familie II um 31 vH höher, bei Fa-

milie I aber um 14 vH niedriger als im Jahre 1950 sind. Der Anteil der Ausgaben für Bekleidung an den Gesamtausgaben hat sich dadurch bei Beispiel III von 15 auf 21 vH, bei Beispiel II von 15 auf 18 vH erhöht und bei Beispiel I von 30 auf 28 vH ermäßigt.

Die gleiche Entwicklungstendenz, allerdings mit geringeren Differenzen von einem Beispiel zum anderen, zeigen auch die Aufwendungen in der Bedarfsgruppe Reinigung und Körperpflege.

Umgekehrt verläuft die Entwicklung für den Verbrauch an Heizung und Beleuchtung. Dies ist die einzige Gruppe, bei der, veranlaßt durch Erhöhung der zugeteilten Mengen, die Ausgaben für den Mindestverbrauch zurückgegangen sind, da an die Stelle der bisher bei der HO zusätzlich beschafften Mengen nun diese Zuteilungen treten. Für den höheren Verbrauch der Familien I und II liegen dagegen die Ausgaben noch geringfügig über dem Stand vom September 1950.

Die Aufwendungen für die übrigen Bedarfsgruppen haben sich bei den drei Familien zum Teil nicht verändert, zum Teil in verschiedenem Umfang verringert.

Wenn auch der Inhalt der diesen Berechnungen zugrundeliegenden Warenkörbe bereits den Angebotsverhältnissen für Verbrauchsgüter in der Sowjetzone angepaßt worden ist, so ist doch zu bedenken, daß auch heute die Verbraucher mit manchen der benötigten Waren noch immer nicht regelmäßig und der Menge und Qualität nach noch ungenügend beliefert werden. Sie sind gezwungen, wenn möglich andere Waren zu kaufen oder aber auf teuren Umwegen zu versuchen, ihren Bedarf zu befriedigen. Die eigentlichen Kosten der Lebenshaltung sind hierdurch viel höher, als es sich in Zahlen ausdrücken läßt.

Weitere Maßnahmen zur Aufhebung des Kartensystems und zur Preisvereinheitlichung werden zu erneuten Kostenerhöhungen führen. Die im April erlassene und nach zwei Monaten teilweise widerrufenen Verordnung über den Abschluß bestimmter Bevölkerungskreise von der Verteilung der Lebensmittelkarten — die bei unverändertem Verbrauch eine Erhöhung der Aufwendungen für Nahrungsmittel um 10 bis 120 vH erforderte — hat bereits einen Eindruck über den Umfang noch bevorstehender Veränderungen gegeben.

Die Entwicklung der Konsumkredite in den Vereinigten Staaten

Die konjunkturelle Bedeutung des Konsumkredits liegt darin, daß er dem Endverbraucher die Entfaltung zusätzlicher Nachfrage nach Verbrauchsgütern gestattet. Im allgemeinen wird die Kreditgewährung, die entweder mittelbar durch den Händler oder unmittelbar über ein Finanzierungsinstitut erfolgt, in letzter Instanz durch den Bankenapparat finanziert, d. h. durch Aufnahme eines Kredites. Mit der Bereitstellung zusätzlicher Kaufkraft, die die Verbraucherausgaben schneller als die Einkommen wachsen läßt, gehen von den Kreditkäufen expansive Anregungen auf die Wirtschaft aus. Die Intensität des Aufschwungs wird davon abhängen, ob die zusätzliche Nachfrage durch eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten der Konsumgüterindustrie, etwa durch Einstellung neuer Arbeitskräfte oder durch Einführung von Schichtarbeit, befriedigt werden kann, oder ob neue Investitionen erforderlich werden, um die Produktion entsprechend der gestiegenen Nachfrage auszuweiten. Eine expansive Wirkung einer Konsumausweitung auf dem Kreditwege wird also nur dann eintreten, wenn die Verbrauchsausgaben schneller zunehmen als die Einkommen. Somit sind die Grenzen einer Expansion, die auf

Konsumentenverschuldung basiert, relativ eng gezogen, da aus begreiflichen Gründen und erfahrungsgemäß aus einem bestimmten Einkommen nur ein gewisser Maximalbetrag an Abzahlungsbeträgen einschließlich Zinslast abgezweigt werden kann. Die Belastung der Einkommen durch Abzahlungsverpflichtungen wird durch das Verhältnis der Verschuldung zu den laufenden Einkommen gemessen. In den Vereinigten Staaten machten die Konsumkredite (Teilzahlungs- und Buchkredite) in der Vorkriegszeit maximal 10 bis 11 vH der verfügbaren Einkommen aus. Diese Relation ist inzwischen in den Vereinigten Staaten wieder erreicht worden.

Die aus den Gesamtgrößen errechnete Verschuldung der Konsumenten verdeckt jedoch große Unterschiede im einzelnen. Untersuchungen des Federal Reserve System haben gezeigt, daß Anfang 1952 etwa die Hälfte aller Haushaltungen keine Konsumkredite aufgenommen hatten. Die Konsumkredite machten bei 29 vH aller Haushaltungen bis zu 10 vH, bei 11 vH der Haushaltungen bis zu 20 vH und bei 10 vH der Haushaltungen mehr als 20 vH der Einkommen vor Abzug der Steuern aus. Diese Untersuchungen haben ferner ergeben, daß sowohl die unteren als auch die oberen Einkommensgruppen von der Möglichkeit der Konsumentenverschuldung weniger Gebrauch machen als die mittleren Einkommensschichten. So waren bei den Haushaltungen mit einem Jahreseinkommen bis zu 2000 Dollar Anfang 1952 65 vH ohne Schulden. Von den Haushaltungen mit einem Jahreseinkommen von mehr als 7500 Dollar waren 54 vH kurzfristig nicht verschuldet. Dagegen hatten sich von den Haushaltungen mit einem Jahreseinkommen zwischen 3000 und 4000 Dollar, das etwa dem durchschnittlichen Arbeitereinkommen mit einer Erwerbsperson entspricht, nur 38 vH nicht verschuldet. Die geringere Verschuldung der unteren Einkommensgruppen dürfte weniger an ihrer

Die Entwicklung der Konsumkredite

Zeit	Verfügbares Einkommen ¹⁾	Ausstehende Konsumkredite ²⁾	Konsumkredite in vH der verfügbaren Einkommen
	in Mrd. \$		
1939	70,2	7,2	10,3
1941	92,0	9,2	9,7
1945	151,1	5,7	3,7
1949 2.Vj. ³⁾	187,3	14,8	7,9
1950 3.Vj. ⁴⁾	208,5	20,1	9,7
1952 1.Vj. ⁵⁾	229,5	20,6	9,0
1952 4.Vj.	242,5	25,7	10,6
1953 1.Vj.	245,6	25,7	10,5
1953 April	246,0	26,2	10,7

¹⁾ Jahresrate. — ²⁾ Stand jeweils Ende der Zeitperiode. —

³⁾ Aufhebung der Konsumkreditkontrolle, Juni 1949. — ⁴⁾ Wiedereinführung der Konsumkreditkontrolle, September 1950. —

⁵⁾ Erneute Aufhebung der Konsumkreditkontrolle, April 1952.

mangelnden Bereitschaft liegen, Konsumkredite aufzunehmen, als vielmehr an ihrem Unvermögen, reibungslose Ratenzahlungen zu gewährleisten. Bei den oberen Einkommensschichten dagegen entfällt weitgehend die Notwendigkeit, bei größeren Anschaffungen Kredite aufzunehmen, da auf die vorhandenen Geldvermögenswerte zurückgegriffen werden kann.

Für die Aufnahme von Konsumkrediten ist darüber hinaus Alter und Familienstand der Haushaltungsvorstände von Bedeutung. Von den Haushaltungen mit Kindern unter 18 Jahren, deren Vorstand zwischen 18 und 44 Jahre alt war, hatten sich Anfang 1952 75 vH kurzfristig verschuldet. Bei den Haushaltungen ohne Kinder unter 18 Jahren mit einem Haushaltungsvorstand von über 45 Jahren sank der Anteil auf 35 vH. Diese Untersuchungen machen deutlich, daß der Kreis der Haushaltungen, der bereit und in der Lage ist, Einkäufe auf Kredit zu tätigen, allerdings mit einem gewissen Spielraum, beschränkt ist.

Unter dem Gesichtspunkt der unterschiedlichen Verschuldung der einzelnen Einkommensgruppen verdient auch die Frage eventueller Einkommensminderungen, etwa durch die Kürzung von öffentlichen Aufträgen oder infolge einer leichten Konjunkturabschwächung, besondere Beachtung, da sie in erster Linie die Kreise treffen dürfte, die kurzfristig überdurchschnittlich verschuldet sind. Bei hohen Abzahlungsverpflichtungen bedingen Einkommensrückgänge überproportionale Senkungen der Ausgaben für den elastischen Bedarf. Ähnlich wie eine durch Konsumkredite ermöglichte Zunahme der Verbrauchsausgaben über den Einkommenszuwachs expansiv wirkt, würde eine über den Einkommensrückgang hinausgehende Kürzung der Verbraucherausgaben, die zu einem Rückgang der Konsumentenverschuldung führt, etwaige sonstige in der Wirtschaft vorhandenen depressiven Tendenzen intensivieren.

In den Vereinigten Staaten wurde im Jahre 1952 rund ein Drittel der Einzelhandelsumsätze auf dem Kreditwege (Teilzahlungs- und Buchkredite) finanziert, dabei etwa 14 bis 15 vH durch Teilzahlungskredite. Bei einzelnen Gütern, so bei neuen Kraftwagen und bei größeren Haushaltsgegenständen, wurden im Jahre 1952 60 vH auf Kredit abgesetzt, gegenüber 47 bzw. 52 vH im Jahre 1951. Die Bedeutung der Abzahlungskäufe für den konjunkturellen Aufschwung seit dem Spätsommer 1952 wird besonders deutlich, wenn man die Zunahme im Einzelhandelsabsatz dauerhafter Güter mit der Steigerung der Teilzahlungskredite vergleicht. Der Absatz von dauerhaften Gütern stieg vom 1. Quartal 1952 bis zum 1. Quartal 1953 um rund 17 vH (I/1952 = 100), die Teilzahlungskredite, deren Umfang den Absatz von dauerhaften Gütern in einem Vierteljahr übersteigt, nahmen in der gleichen Zeit um rund 33 vH zu.

Der bereits hohe Anteil der Kreditkäufe am gesamten Einzelhandelsumsatz und vor allem die Summe der ausstehenden Konsumkredite lassen

es in den Vereinigten Staaten heute zweifelhaft erscheinen, ob eine weitere über die Zunahme der Einkommen hinausgehende Steigerung der Kreditkäufe noch konjunkturpolitisch zweckmäßig wäre, da die mit zunehmenden Kreditverkäufen zwangsläufig gegebenen Gefahren einer plötzlichen Kontraktion des Absatzes fraglos progressiv steigen. Die Möglichkeit, eine unerwünschte Kreditausweitung durch eine Kreditvertuerung einzudämmen, ist dabei allerdings gering, da die zusätzliche Zinsbelastung auch bei großen Einkäufen nicht sehr ins Gewicht fällt. Die gesamte Belastung der Einkommen mit Zinsen für Konsumkredite machte 1952 in den Vereinigten Staaten nur 0,9 vH aus. Eine nachhaltige Beeinflussung der Konsumkredite ist daher wohl nur über eine direkte Konsumkreditkontrolle zu erzielen, die die Anzahlungsquote festlegt und die Laufzeit des Kredits begrenzt. Obwohl mit der direkten Kreditkontrolle in den Nachkriegsjahren in den Vereinigten Staaten von Amerika gute Erfahrungen gemacht worden sind, und obwohl auch das Federal Reserve System zum Ausdruck gebracht hat, daß die vertretbare Grenze der Konsumentenverschuldung in den Vereinigten Staaten erreicht ist bzw. in naher Zukunft erreicht sein dürfte, ist mit einer Einführung einer direkten Kreditkontrolle jedoch vorläufig kaum zu rechnen. Da vereinzelt schon von verschlechterten Zahlungseingängen berichtet wird und Finanzierungsinstitute vor allzu großzügiger Kreditgewährung, insbesondere bei Käufen von Altwagen, gewarnt haben, dürfte wohl schon in absehbarer Zeit die Wirtschaft strengere Maßstäbe anlegen, was zu einer Verlangsamung in der Zunahme der Konsumkredite führen wird.

Wenn man unterstellt, daß die Konsumkredite in absehbarer Zeit aus den angedeuteten Gründen nur noch in demselben Verhältnis wie die Einkommen steigen werden, so würde der bisherige expansive Effekt der Konsumfinanzierung über Kredite fortfallen. Sobald darüber hinaus die Konsumkredite — etwa auf Grund der Zurückhaltung der Wirtschaft — langsamer als die Einkommen wachsen, stagnieren oder zurückgehen sollten, und wenn dann der Rückgang der Einzelhandelsumsätze gegen Kreditgewährung nicht durch eine Zunahme der bar bezahlten Käufe ausgeglichen wird, d. h. wenn die Sparrate steigt, müssen kontraktive Wirkungen auftreten. Da aber der Anteil der auf Teilzahlung abgesetzten Waren von 13 vH im Jahre 1950, 12 vH im Jahre 1951, im Juni 1952 trotz der absolut sehr großen Zunahme der Konsumkredite nur auf 14 bis 15 vH gestiegen ist, sollten die möglichen kontraktiven Folgen eines eventuell verlangsamten Wachstums der Konsumkredite oder selbst eines Stagnierens in ihrer Auswirkung auf die gesamte Wirtschaftstätigkeit in den Vereinigten Staaten nicht überschätzt werden. Immerhin ist eine Stagnation denkbar, in der die Konjunkturpolitik eine solche Entwicklung wegen ihrer möglichen depressiven Fernwirkungen durch entsprechende Maßnahmen auf anderen Gebieten kompensieren muß.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin - Dablen, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.

Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg, Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig,

Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraustraße 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.

Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—.

Gegenstand	Einheit †)	Vorjahr					Gegenwart										
		25.-31. Mai 1952	1.-7. Juni 1952	8.-14. Juni 1952	15.-21. Juni 1952	22.-28. Juni 1952	26. April bis 2. Mai 1953	3.-9. Mai 1953	10.-16. Mai 1953	17.-23. Mai 1953	24.-30. Mai 1953	31. Mai bis 6. Juni 1953	7.-13. Juni 1953	14.-20. Juni 1953	21.-27. Juni 1953		
		22.	23.	24.	25.	26.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.		
Woche :																	
Arbeitsmarkt																	
Arbeitslose in Westdeutschland	1000	M; E	1312	.	1292	.	1234	.	1197	.	1156	.	.	1118	.	.	.
" Westberlin	"	"	290	.	297	.	245	.	248	.	245	.	.	243	.	.	.
Versicherte Arbeitslose in USA	"	Sa	1057	.	1087	1073	979	955	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Produktion																	
Geschäftstätigkeit in USA	1935/39=100	Sa	213,7	182,4	177,8	178,7	180,8	243,6	238,9	240,9	240,6	240,8	239,6	241,2	242,1	.	.
Industrieproduktion in USA	"	"	211,2	166,4	164,5	160,6	162,9	229,3	231,1	228,4	225,0	229,0	227,6	230,5	231,0	232,4	.
Steinkohlenfödrerg. in Westdtschld.)	1000 t	WS	2389	1966	2024	2423	2416	2033	2453	2088	2424	2004	2057	2472	2461	.	.
" Großbritannien	"	"	4480	3435	4544	4545	4528	4691	4509	4786	4660	3649	e) 3283	4577	4539	.	.
Kohlenförderung in USA	"	"	7607	6804	6600	6214	7865	7938	7992	8287	7947	8006	8278	8491	8958	.	.
Rohstahlerzeugung in Westdtschld.)	"	"	199	176	207	213	213	171	214	187	192	167	180	193	199	.	.
" USA	"	"	1927	1914	235	231	229	2052	2052	2057	2049	2057	2052	2043	2019	2028	.
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	"	128	131	131	130	125	186	183	178	162	128	136	167	171	.	.
Stromverbrauch in Westdeutschland	Mill. kWh	"	694,7	607,9	644,0	679,5	682,7	655,6	717,9	681,5	722,1	673,8	698,9	.	.	.	.
" " Westberlin ²⁾	"	"	18,9	15,9	17,7	17,2	17,5	19,0	20,8	19,6	19,9	17,9	19,7	19,5	19,1	18,9	.
Güterverkehr																	
Wagenanforderung } Deutsche	1000 Wagen	WS	366,7	294,2	317,9	360,5	369,8	294,4	348,3	301,2	343,2	288,4	306,6	342,6	.	.	.
Wagengestellung } Bundesbahn	"	"	358,9	290,6	316,1	357,6	363,4	288,0	344,1	297,6	338,9	284,3	303,5	340,5	.	.	.
Zahlungsverkehr																	
Zahlungsmittelumlauf in																	
Westdeutschland u. Westberlin	Mill. DM	BSt	10301	9794	9646	.	9156	11573	11009	10832	10454	11576	11191	.	10779	10239	.
Notenumlauf d. Bank von England	£	Mi	1412	1420	1426	1431	1442	1514	1517	1520	1524	1532	1544	1543	1539	1540	.
" Frankreich	Mrd. sfrs.	Do	1901	1916	1894	1861	1886	2127	2119	2082	2040	2065	2090	2073	2042	.	.
" Niederländ. Bank	Mill. hfl.	Mo	2913	2991	2926	2893	2892	3085	3114	3058	3145	3082	3135	3071	3041	.	.
" Belgisch. Nationalbk.	"	Do	94401	96260	95625	94849	94671	97242	97439	96744	96118	96594	97498	96661	95873	.	.
" Schweizer.	"	BSt	4574	4503	4465	.	4459	4796	4716	4668	4698	4791	4707	4640	.	.	.
" Schwedisch.	"	skr.	3965	3825	3843	3966	.	4367	4240	4084	4032	4225	4087	.	4121	.	.
" Bank von Canada	"	Mi	1415	1425	1434	1436	1434	1504	1514	1517	1523	1519	1525	1526	1525	.	.
Zahlungsmittelumlauf in USA	"	Do	28710	28842	28830	28787	28414	29787	29863	29845	29795	29825	29980	30003	29970	29929	.
Geld- und Kapitalmarkt																	
Bank deutscher Länder																	
Inlandswechsel	Mill. DM	BSt	2642	2600	2530	.	2551	1525	1473	1405	1432	1482	1420	.	1338	1251	.
Schatzwechsel der Bundesverwaltung	"	"	114	129	170	74	74	2	0	0	0	—	1	.	—	—	.
Lombardforderungen	"	"	785	430	416	320	320	560	228	318	234	371	251	.	328	196	.
Vorschüsse an die öfftl. Verwaltung	"	"	516	388	392	393	393	188	187	181	175	183	184	.	179	200	.
Forderungen gegen die öfftl. Hand.	"	"	5629	5461	5274	4888	4888	4734	4799	4542	4139	4687	4758	.	4233	3934	.
Depositen	"	"	2071	2181	2286	2411	2411	1669	2019	2015	1984	1588	2047	.	2000	2102	.
480 repräsentative Geldinstitute in Westdeutschland																	
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken	"	"	12292	12062	12172	.	12133	14151	14013	14185	14200	14292	14200	.	.	.	.
Einlagen von Nichtbanken	"	"	15414	15589	15442	15776	15776	19389	19683	19718	19959	19913	20121	.	.	.	.
darunter Spareinlagen	"	"	3038	3060	3072	3088	3088	4464	4497	4520	4536	4575	4620	.	.	.	.
Berliner Zentralbank																	
Wechsel	"	"	139,5	142,9	148,2	.	155,1	32,8	24,1	16,8	10,9	19,4	24,3	.	15,0	20,3	.
Angekaufte Ausgleichsforderungen	"	"	157,1	155,1	158,5	161,8	161,8	135,5	130,0	132,2	139,7	158,9	140,9	.	139,9	112,2	.
Einlagen insgesamt	"	"	122,1	143,2	136,3	206,7	206,7	132,4	149,3	156,1	177,9	148,2	164,8	.	134,2	140,3	.
Bank von England																	
Regierungspapiere d. Emissionsabt.	Mill. £	Mi	1446,8	1446,7	1446,7	1446,8	1496,7	1546,8	1546,7	1546,8	1546,8	1546,7	1596,8	1596,8	1596,8	1596,7	.
Forderungen der Bankabteilung	"	"	331,5	327,7	382,9	379,0	330,8	368,6	370,4	376,5	389,6	390,9	353,3	358,6	357,6	355,0	.
Depositen insgesamt	"	"	353,5	341,4	391,1	381,6	372,4	388,9	388,2	391,0	400,4	392,7	393,8	400,3	402,7	399,2	.
Bundes-Reserve-Banken USA																	
Aktiva (gesamt)	Mill. \$	Do	49192	49630	49694	51378	49817	50395	50425	51276	50719	50324	50204	50518	52779	.	.
darunter: Goldzertifikate	"	"	21426	21426	21419	21416	21454	20633	20633	20638	20636	20608	20608	20576	20546	.	.
Regierungspapiere	"	"	22273	22378	22492	22997	22564	23806	23860	23880	23922	24088	24121	24637	25154	.	.
Einlagen insgesamt	"	"	21038	21257	21319	22009	20954	20776	20916	21324	20839	20803	20640	20935	21816	.	.
darunter: Regierungseinlagen	"	"	558	527	507	9	134	368	214	428	145	355	137	6	8	.	.
Zinssätze																	
in Westdeutschland																	
Diskontsatz d. Bank deutscher Länd.	0/o p.a.	Sa	5	5	5	5	5	4	4	4	4	4	4	3½	3½	3½	.
Tagesgeld in provisionsfr. Rechnung	"	"	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	.
Spareinlag. m. gesetzl. Kündigungssfr.	"	"	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	.
Tagesgeld in London	"	"	2-2½	2-2½	2-2½	2-2½	2-2½	2-2½	2-2½	2-2½	2-2½	2-2½	2-2½	2-2½	2-2½	2-2½	.
Handelswechsel, 3 Mon., London	"	"	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	.
Effektenmarkt																	
40/oige Wertpapiere in Westdeutschland																	
Kursniveau, gesamt.	vH	BSt	81,55	81,54	81,36	.	80,98	82,42	82,38	82,04	81,39	81,28	81,26	.	81,22	.	.
dar. Pfandbriefe d. Hypothekenbanken	"	"	82,09	82,12	81,97	81,71	81,71	83,10	83,04	82,46	81,41	81,18	81,09	.	81,00	.	.
d. öfftl.-rechtl. Kreditanst.	"	"	79,56	79,50	79,31	79,31	79,31	82,44	82,44	82,36							